



Angehörige von Betagten – hauptsächlich Frauen – erbringen Betreuungs- und Pflegeleistungen in Milliardenhöhe. Tendenz stark steigend.

#### Zahlen und Fakten

# 90

Prozent der Über-65-Jährigen in der Schweiz leben zu Hause. Bei Menschen ab 85 Jahren sind es 57 Prozent.

# 45

Prozent beträgt der Kostenanstieg für die Betreuung und Pflege zu Hause bis 2030. Im stationären Bereich sind es 28 Prozent.

# 2,7

Millionen Rentner werden 2045 in der Schweiz leben. Heute sind es 1,5 Millionen. 260 000 davon benötigen Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags – Einkaufen, Kochen, Putzen.

Quellen: Pro Senectute und BFS

#### Diese Woche

## Immer mehr Pflegefälle – und wer solls bezahlen?

Die Schweiz altert markant: Experten zufolge werden sich die Ausgaben für die Langzeitpflege in den nächsten 30 Jahren fast verdreifachen. Gefragt sind neue **Finanzierungsmodelle** – und ein neues Verständnis von Freiwilligenarbeit.

**Text:** Reto E. Wild und Dinah Leuenberger

**W**ir leben immer länger. Und die geburtenstarke Nachkriegsgeneration der Babyboomer kommt ins Rentenalter – Junge werden zur demografischen Minderheit.

Die Zunahme an älteren Menschen bedeutet mehr Betreuungsaufwand. Laut «Take Care», einer neuen Studie des Gottlieb-Duttweiler-Instituts, werden die Kosten für Langzeitpflege massiv ansteigen. 2011 betragen sie noch 6,1 Milliarden Franken, bis 2045 sollen sie auf 17 Milliarden anwachsen.

Eine zentrale Rolle bei der Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern zu Hause spielen die Angehörigen: Sie erbringen Leistungen im Wert von 3,5 Milliarden Franken pro Jahr. Die Hauptlast tragen die Frauen – in der Deutschschweiz stellen sie zwei Drittel der pflegenden Angehörigen. Dabei setzen sie sich dem Risiko aus, im Alter selbst ein Pflegefall zu werden. Eine weitere Krux: Der Betreuungsaufwand steigt, aber die Frauen sind beruflich stärker engagiert; ihre Betreuungskapazität nimmt also ab.

Gesundheitspolitiker wie der frühere Schaffhauser Regierungsrat Herbert Bühl (61) warnen, dass die Schweiz auf diese Entwicklung schlecht vorbereitet sei: **«Das Anrecht auf Betreuung muss auf Bundesebene gesetzlich verankert werden.»** Auch Pro Senectute schlägt vor, die Finanzierungsformen der Betreuung zu überdenken.

Die skandinavischen Länder haben das Problem erkannt und gehen bereits mit gutem Beispiel voran: Dank öffentlicher Finanzierung ist eine hochstehende kommunale Pflegeinfrastruktur entstanden.

Peter Burri Follath

## «Wahrscheinlich muss man an eine vierte Säule denken»

**In 20 Jahren müssen deutlich mehr Betagte betreut werden. Laut Experten ist die Schweiz nicht darauf vorbereitet – es besteht Handlungsbedarf.**

Die wichtigste Lösung: dafür zu sorgen, dass Menschen möglichst lange zu Hause wohnen können. Schon heute leben knapp 60 Prozent der Über-85-Jährigen daheim. Aber der Anteil derer, die man intensiver betreuen muss, wird substanziell zunehmen. Deshalb braucht es mehr Menschen, die bereit sind, im Betreuungsbereich freiwillig tätig zu sein. Freiwilligenarbeit wird man durch diese Herausforderungen neu definieren und professionalisieren müssen.

### Nämlich wie?

Freiwilliges Engagement in diesem spezifischen Bereich erfordert in Zukunft vermehrte Anreize. Sie müssen nicht zwingend nur monetär sein. Möglich wäre beispielsweise, dass Freiwillige – wie bei der Organisation Kiss – im Alter kostenlos Dienstleistungen in Anspruch nehmen können als Entschädigung für die Arbeit in früheren Jahren. Hochbetagte schätzen neben der medizinischen Betreuung vor allem soziale Kontakte. Da es vermutlich nie einen Roboter geben wird, der Haare schneidet, wird etwa die Rolle des Coiffeurs als Sozialkontakt in Zukunft noch wichtiger werden.

### Wer soll die stark steigende Zahl von Betagten pflegen?

Diese Art von Betreuung könnten Einwohner der Schweiz – aus einem erwerbstätigen oder nichterwerbstätigen Umfeld – leisten.

**Der frühere Schaffhauser Gesundheits- und Sozialdirektor Herbert Bühl fordert, dass «das Anrecht auf Betreuung auf Bundesebene gesetzlich verankert werden muss».**

Wir haben heute schon mehrere Säulen wie die AHV und die berufliche Vorsorge. Das ist bereits eine Art von «Service public», wie er ihn fordert.

Viele wissen beispielsweise nicht, dass die zusätzlichen Ergänzungsleistungen per Bundesverfassung geregelt sind: Alle haben Anrecht auf ein Minimum, um den Lebensunterhalt finanzieren zu können. Darauf sind über 200 000 Senioren angewiesen.

### Reichen die drei Säulen denn aus?

Wenn wir nicht reagieren, werden die bestehenden Sozialversicherungen inklusive der Krankenkassen noch massiver belastet werden, denn die Zahl der Über-80-Jährigen wird sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln. Wahrscheinlich muss man an eine vierte Säule denken. Sie kann aber keine rein privat finanzierte Lösung sein. Vielmehr müsste die Finanzierung über die Öffentlichkeit, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, gesichert werden und eine solidarische Komponente enthalten.

[Die Geschichte der Schweiz zeigt, dass Lösungen nur nachhaltig funktionieren, wenn sie gemeinsam entwickelt und von allen Beteiligten getragen werden.](#)

### Wer macht den Anfang?

Fachorganisationen und die Forschung beschäftigen sich schon seit Längerem mit diesen Herausforderungen. Angebote gibt es bereits, vorwiegend aber in den Bereichen, in denen sich Geld verdienen lässt, etwa im Hochpreissegment in der privaten Betreuung. Die Frage ist, wie gross der Druck aus der Gesellschaft sein muss, bis sich etwas in die richtige Richtung bewegt.

### Wie stellen Sie sich Ihr eigenes Leben im Alter vor?

Ich werde mit 65 wohl nicht in den Ruhestand gehen wollen und können. Vielleicht arbeite ich ab 65 in einem neuen «Beruf», bis ich 85 bin, weil dann andere Qualifikationen gefragt sein werden als heute. Ich hoffe, dass ich gesund und im Kopf flexibel genug bleibe. Mein Wunsch wäre es, mit 85 Jahren als Jasspartner für noch Ältere weiterhin gefragt zu sein. **MM**



**Peter Burri Follath (47)** ist Mitglied der Geschäftsleitung von Pro Senectute Schweiz.

### Strassenumfrage

## Hilfe für Betagte als «Service public»?



**Nicola Langlotz (17), Fachmittelschüler, Basel** «Damit habe ich mich noch nicht befasst, und es betrifft mich auch noch lange nicht. Aber ich fände es nicht schlecht, wenn man die Betreuung auf diese Weise sicherstellen könnte.»



**Natacha Bautista (34), IV-Rentnerin, Basel** «Es ist traurig, wie es manchen älteren Menschen geht. Darum sollte man sie nicht im Stich lassen. Auch höhere Steuern wären gerechtfertigt.»



**Hansruedi Irniger (71), Pensionär, Rotkreuz LU** «Das fände ich eher ungünstig, weil dadurch die Steuern erhöht würden. Man sollte nicht alles dem Staat überlassen.»